

Bürgerbudgets auf dem Land: eine Perspektive gegen Rechtspopulismus?

Carsten Herzberg

Dieser Beitrag stellt die Frage, inwieweit Bürgerbudgets ein Funktionsäquivalent zu Erfahrungen sein können, die dem Rechtspopulismus zuträglich sind. Diese Perspektive wird diskutiert, indem das Erleben von demokratischer Selbstwirksamkeit mit Handlungsansätzen der Gemeinwesenarbeit und der Individualpsychologie verbunden wird.

Rechtspopulismus und ländliche Räume

Als Erstes ist vor einem vorschnellen Urteil »Ländlicher Raum = anfällig für Rechtspopulismus« zu warnen. Ebenso sollte nicht davon ausgegangen werden, dass es sich dabei vor allem um ein ostdeutsches Problem handelt. Eine Untersuchung der Bundestagswahl 2017 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) kommt zu dem Schluss, dass es sich bei Ländlichen Räumen zum einen um Regionen handelt, die vom demographischen Wandel besonders betroffen sind (1). Diese sind in ganz Deutschland zu finden, treten aber verstärkt in Ostdeutschland auf. Genauer gesagt, war die AfD dort vor allem in Gebieten erfolgreich, in denen der Anteil älterer Mitbürger/innen hoch ist. Zum anderen gibt es einen Zusammenhang zwischen AfD-Wahl und vorhergehenden Erfolgen der rechtsextremen NPD. Da diese Partei in Ostdeutschland jedoch stärker vertreten war als im Westen, zeigt sich die Auswirkung dieses Faktors ebenfalls in Ostdeutschland deutlicher.

Für eine Strategie gegen Rechtspopulismus in ländlichen Räumen könnten vor diesem Hintergrund gerade jüngere Menschen von Bedeutung sein. Würden sie auf dem Lande bleiben, könnten sie dort ein Demokratiebewusstsein stärken und damit der Wahl tendenziell antidemokratischer Parteien entgegentreten, wie sie Rechtspopulisten (2) darstellen. Zur Förderung eines solchen Demokratiebewusstseins, so die These dieses Beitrags, könnten demokratische Innovationen beitragen, die außerhalb von Wahlen das Erleben demokratischer Selbstwirksamkeit durch Beteiligung ermöglichen.

Bürgerbudgets in Brandenburg

Hinsichtlich der Verbreitung demokratischer Innovationen hat das Bundesland Brandenburg eine Besonderheit vorzuweisen. Dort haben sich sogenannte Bürgerbudgets so schnell verbreitet wie nirgendwo sonst (3). Ihre Zahl hat sich in den letzten drei Jahren auf über 14 Beispiele (2018) verdreifacht, wobei sich der Trend im laufenden Jahr fortsetzt.

Bürgerbudgets sind aus Bürgerhaushalten entstanden, bei denen zwar die Bevölkerung die Finanzen der Gemeinde diskutiert, sich die Umsetzung der eingebrachten Vorschläge am Ende jedoch oft als langwierig erwiesen hat. Inzwischen dominieren die Bürgerbudgets in den Bürgerhaushalten (siehe Abbildung 1).

Bürgerbudgets haben aus den Fehlern der Bürgerhaushalte ohne reserviertes Budget gelernt. Statt Frustration über nicht umgesetzte Vorschläge zu erzeugen, wird – ähnlich den Bürgerjurs beim Programm »Soziale Stadt« – im Vorhinein ein Gesamtbetrag festgelegt. Dieser liegt in Brandenburg zwischen 25.000 und 100.000 € (2018) pro Gemeinde (siehe Abbildung. 2). Da die Einwohnerzahl unterschiedlich hoch ist, können die pro Kopf bereitgestellten Beträge zwischen 1,20 € und 8,20 € schwanken. Damit nicht ein Vorschlag das gesamte Budget aufbraucht, gibt es eine Deckelung. Diese liegt je nach Gemeinde zwischen 5.000 € und 20.000 €. Von den Geldern werden z. B. die Einrichtung von Grünflächen, Grillplätzen, die Unterstützung von Bürgerhäusern oder kleineren Projekten für die örtliche Kultur und Sport finanziert. Im Gegensatz zu den Bürgerjurs entscheidet jedoch nicht eine Kommission (4), sondern alle Bürger*innen können sich an der Abstimmung beteiligen, was eine wesentliche Voraussetzung für das Erleben demokratischer Selbstwirksamkeit ist, wie an späterer Stelle noch gezeigt wird.

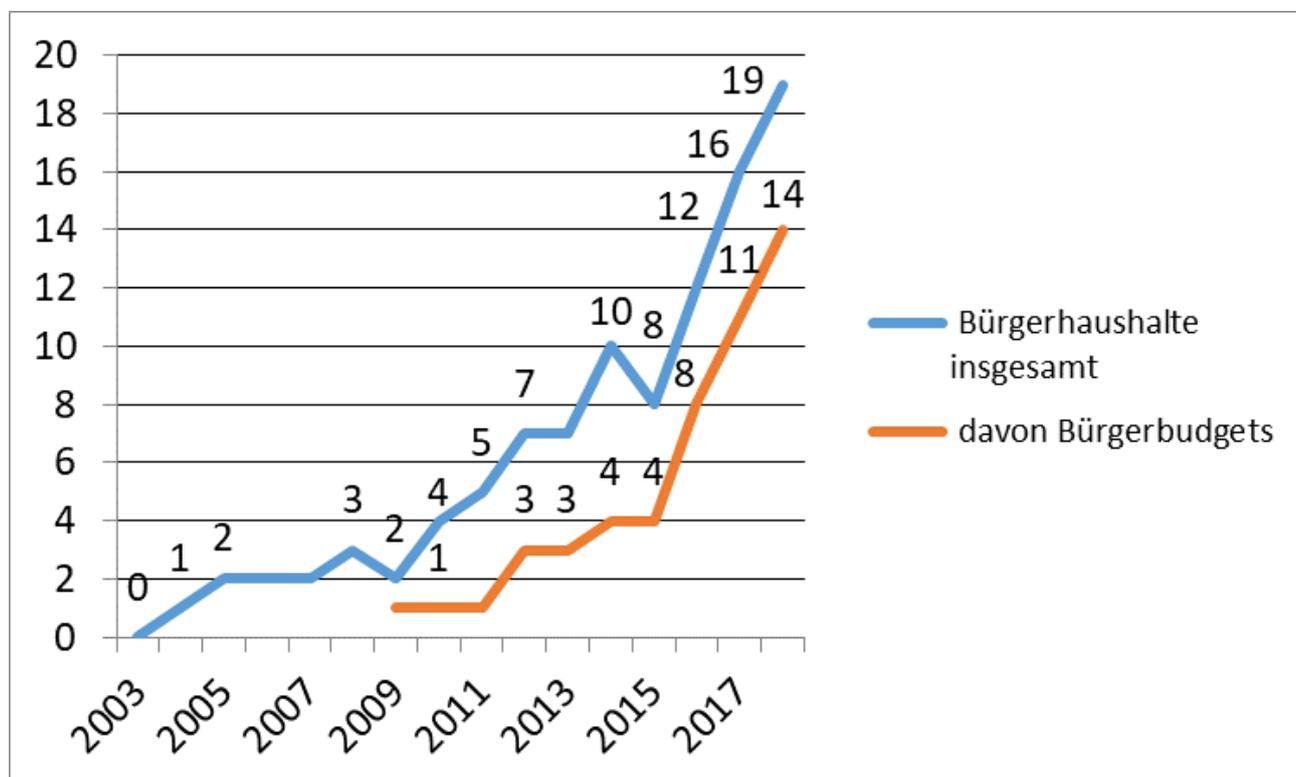


Abb. 1: Entwicklung der Bürgerhaushalte und Bürgerbudgets in Brandenburg (2003-2018)
Quelle: eigene Grafik, basierend auf Daten von buergerhaushalt.de und eigener Recherche

Auf den ersten Blick scheinen Bürgerbudgets in Brandenburg vor allem von Gemeinden im hauptstadtnahen Siedlungsraum angenommen zu werden, dem sogenannten Berliner Speckgürtel (siehe Karte). Bei genauerer Betrachtung wurde die Idee der Bürgerbudgets aber auch von entlegeneren Mittelzentren wie Prenzlau, Schwedt, Bad Freienwalde oder Senftenberg umgesetzt. Sie gelten als Ankerpunkte eines funktionierenden ländlichen Umlands. Damit gemeint sind bisher vor allem die Bereitstellung verschiedenster Verwaltungsdienstleistungen sowie von Kindergärten, Schulen, ärztlicher Versorgung und öffentlichem Nahverkehr.

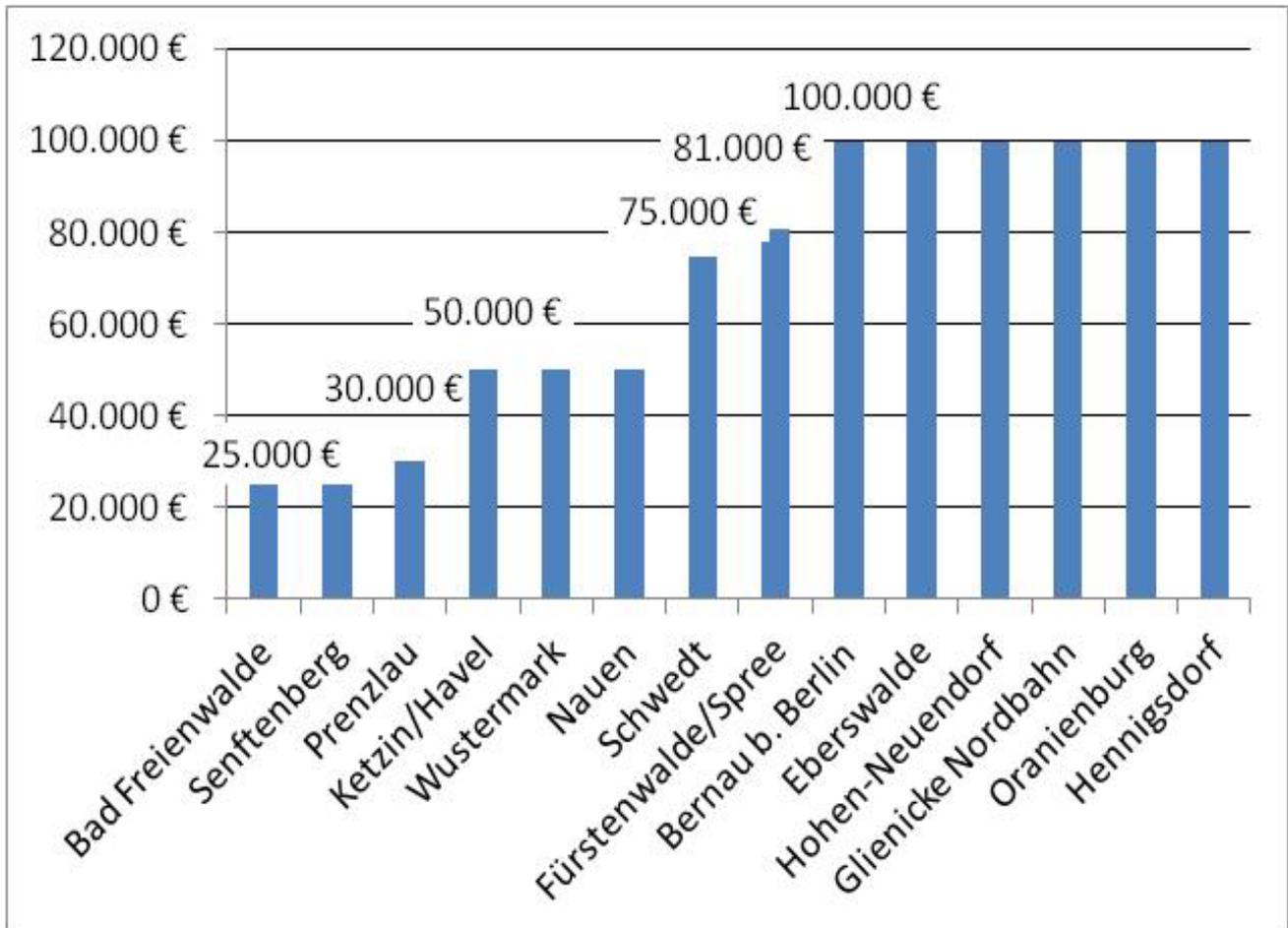
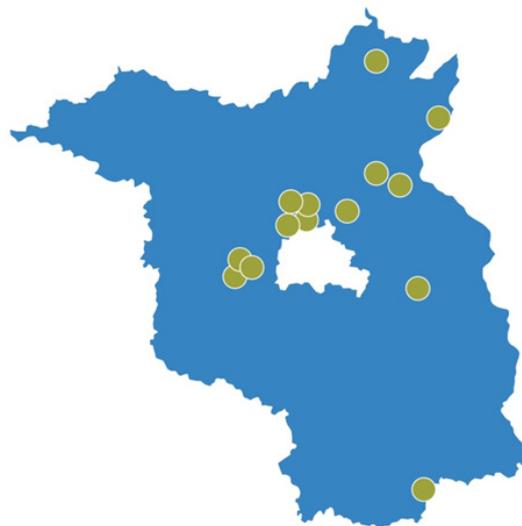


Abb. 2: Gesamtbetrag der Bürgerbudgets in Brandenburg (2018)



Karte Bürgerbudgets in Brandenburg (2018)

Quelle: eigene Grafik; basierend auf Daten von buergerhaushalt.de und eigener Recherche

Belebung der Ortsbeiräte in kleinen Gemeinden

In der Enquetekommission wurde von den Teilnehmer/innen angemerkt, dass sich Bürgerbudgets in kleineren Gemeinden, anders als in Klein- und Mittelzentren, aufgrund fehlender Strukturen nicht realisieren lassen. Es gebe dort niemanden, der eine solche Arbeit übernehmen könnte. Hierauf kann geantwortet werden, dass Träger des Bürgerbudgets bisherige öffentliche Stellen sein könnten. Ein Ansatzpunkt wäre z. B. der Ortsbeirat. Diese Ortsbeiräte wurden nach Eingemeindungen eingeführt und haben den Gemeinderat abgelöst. Anders als dieser verfügen sie jedoch über keine wirkliche Autonomie, sondern besitzen im Rat der zugehörigen Gemeinde meist nur ein Anhörungsrecht und oft nicht einmal ein eigenes Budget. Hier könnte also ein Anreiz geschaffen werden, indem den Ortsteilen für die Partizipation zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, was z.B. bei den Dorffonds in Polen, dem Fundusz Sołecki, bereits der Fall ist, der aus einem nationalen Programm kofinanziert wird (5).

Die Organisation von Bürgerbudgets durch den Ortsbeirat könnte zu seiner Belebung beitragen: Denn für den Ortsbeirat lassen sich mitunter kaum noch Personen finden, die dieses Amt ausführen möchten. Ein vom Ortsbeirat organisiertes Bürgerbudget würde jedoch den Kontakt und den unmittelbaren Austausch mit der örtlichen Bevölkerung fördern und ein gegenseitiges Kennenlernen und damit die Gewinnung potentiell neuer Kandidat/innen ermöglichen. Die brandenburgische Kommunalverfassung sieht in § 46 Abs. 4 explizit vor, dem Ortsbeirat »zur Förderung von Vereinen und Verbänden, zur Förderung und für die Durchführung von Veranstaltungen der Heimatpflege, des Brauchtums und der Fremdenverkehrsentwicklung [...] Mittel zur Verfügung [zu] stellen«.

Ländliche Gemeinwesenarbeit zur Aktivierung junger Menschen

Bürgerbudgets könnten als eine Erweiterung der Haltefaktoren verstanden werden. Sie könnten gerade für Menschen attraktiv sein, die vor Ort kreative Ideen für die Gemeinschaft umsetzen möchten, wie z. B. Kunstaktionen, Flohmärkte etc. Wenn es jedoch darum geht, Menschen zu gewinnen, die sich aus Politikverdrossenheit den Rechtspopulisten und ihren einfachen Lösungen zuwenden, so reicht die Einführung eines Bürgerbudgets allein nicht aus. Vielmehr ist hierzu eine aufsuchende Ansprache notwendig. Das heißt Multiplikator/innen müssen dorthin gehen, wo sich Menschen treffen, wie z. B. zu Bushaltestellen, Schulen, Arztpraxen etc. Ein solcher Aufwand kann von einem ehrenamtlichen Ortsbeirat nicht erwartet werden. Es ist aber ein mögliches Anwendungsfeld für Vereine und Wohlfahrtsverbände, die im ländlichen Raum (noch) tätig sind.

Für Projekte wie »Hier.Bewegen.Wir!« des Vereins »Aktion Zivilcourage« in Sebnitz könnten Bürgerbudgets interessante Anknüpfungspunkte bieten. »Das Modellprojekt will jungen Menschen im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge eine Stimme zur Mitgestaltung ihrer Region geben« (6). Ein Bürgerbudget könnte so z. B. Gegenstand der im Rahmen des Projekts organisierten Workshops sein, auf denen Jugendliche über Projektideen für ein Bürgerbudget diskutieren. Auch die vom Verein angeführten künstlerischen Projekte könnten über ein Bürgerbudget eine Förderung erhalten. Darüber hinaus wäre der partizipative Fonds durchaus mit

Strukturen der Jugendbeteiligung wie z. B. Kinder- und Jugendparlamenten zu verknüpfen, zugleich könnten auch Fachkräfte der Jugendhilfe und Kommunalpolitik einbezogen werden, wie es das Projekt vorsieht.

Eine solche aufsuchende Ansprache basiert auf dem Argument, dass Menschen nicht nur Wissen über demokratische Verfahren vermittelt werden muss, sondern die Erfahrung selbst. In einem kürzlich erschienenen Sammelband zu Rechtspopulismus und Sozialer Arbeit ist zu lesen, dass ein neues funktionales Äquivalent zu den Erfahrungen zu schaffen wäre, die dem Rechtspopulismus zuträglich sind (7). Doch was genau wäre dieses Äquivalent oder anders gefragt: Was lernen und erfahren Menschen bei einem Bürgerbudget?

Demokratische Selbstwirksamkeit erleben

Einen ersten Hinweis zu Lernerfahrungen bei Bürgerbudgets hat die Stadt Schwedt/Oder notiert, die an der deutsch-polnischen Grenze liegt und die Peripherie Brandenburgs bildet. Hier stimmte der Gemeinderat mit folgender Begründung für die Fortsetzung des dortigen partizipativen Fonds:

»Es hat sich gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger mit dem Bürgerbudget Basisdemokratie erleben – angefangen von der Ideenfindung über die Realisierung bis hin zur Nutzung im Alltag. Die Projekte entfalten oft eine identitätsstiftende Wirkung für die Bevölkerung und bereichern gleichermaßen die Diskussion zur Gestaltung und zum Leben in der Stadt und ihren Ortsteilen.« (8)

Bürgerbudgets vermitteln also nicht nur Wissen über das Funktionieren von Demokratie, sondern auch die unmittelbare Erfahrung, was wiederum eine Voraussetzung für die Herausbildung von »Demokratiebewusstsein« (9) ist. Dies lässt sich anhand von drei Prinzipien veranschaulichen:

- Erstens wird der Akt des Wählens vermittelt. Bürgerbudgets sehen vor, dass Bürger/innen aus einer Reihe von Vorschlägen die zu fördernden Projekte selbst auswählen können. Das Wahlalter kann dabei auf 14, in manchen Fällen auch auf zwölf Jahre herabgesetzt werden oder auch – wie z. B. im brandenburgischen Eberswalde – unbegrenzt sein.
- Zweitens: eine der Wahl vorausgehende Diskussion bzw. Deliberation im Sinne Habermas (1998). Die Diskussionen über Alternativen fallen zwar bei den bisherigen Bürgerbudgets sehr verkürzt aus, da die Gemeinden aufgrund des Aufwands nicht in den Prozess der Diskussion investieren. Gerade aber im Rahmen der oben genannten Jugendprojekte der ländlichen Gemeinwesenarbeit könnten Gelegenheiten der Diskussion geschaffen werden.
- Das dritte Prinzip wäre, dass sich mit der Umsetzung von Projekten tatsächlich etwas im Nahraum der Wähler/innen verändert, von dessen Wirkungen sie selbst profitieren können. Damit schließt sich ein Kreis von der Diskussion über Alternativen über die Wahl bis hin zur Umsetzung – im Idealfall – eigener Vorschläge.

Aus Sicht der Sozialpsychologie ist hinzuzufügen, dass gerade die kleinteiligen Projekte der Bürgerbudgets dazu dienen könnten, Ohnmachtsgefühlen wie »Die da oben machen eh nur, was sie wollen«, aus denen Rechtspo-

pulisten Kapital schlagen, etwas entgegenzusetzen. Denn es sind vor allem geringe Abweichungen vom Stereotyp, die eine Einstellungsänderung zulassen (10). Bei radikalen Brüchen wird zu leicht nach Ausnahmeerklärungen gesucht, als sich darauf einzulassen. Aber gerade die Wiederholung der Erfahrung – und Bürgerbudgets finden meist in einem jährlichen Turnus statt – können Vorurteile abbauen. Dies trifft insbesondere dann zu, wenn gesehen wird, dass andere Menschen ähnliche Erfahrungen machen.

Die Hinwendung zu Jugendlichen macht vor allem deshalb Sinn, weil sich im Jugendalter entscheidende Wertvorstellungen etablieren (11). Sollte es hier also gelingen, ein demokratisches Bewusstsein zu festigen, könnte dies tatsächlich der Wahl rechtspopulistischer Parteien vorbeugen. Denn Menschen versuchen Dissonanzen zu vermeiden (12), sie würden demnach nicht tendenziell anti-demokratische Parteien wählen, sondern solche, die ihrem demokratischen Ideal entsprechen.

Ausblick und Grenzen

Um ein Funktionsäquivalent zu rechtspopulistischen Stereotypen förderlichen Erfahrungen zu sein, dürfen Bürgerbudgets kein einmaliges (Schul-)Projekt sein. Sie wären vielmehr in eine Strategie ländlicher Gemeinwesenarbeit zu integrieren und durch Programme – wie z. B. »Demokratie leben« – zu fördern. Allerdings wäre für eine Perspektive junger Menschen in ländlichen Räumen der »weiche« Haltefaktor »Demokratie« mit »harten« Haltefaktoren wie den Ausbau einer Infrastruktur und Versorgung zu verbinden. Eine Chance bietet der Ausstieg aus der Braunkohleförderung. Dies könnte ein Sprungbrett sein, die lokale Bevölkerung in eine Diskussion über eine nachhaltige Zukunft einzubeziehen, zumal erhebliche Mittel bereitgestellt werden. Die Bürgerbudgets bieten hierfür ein ideales Training.

Anmerkungen

Der Text ist eine Weiterentwicklung der Ergebnisse, die der Autor als Sachverständiger im Rahmen einer Anhörung der Enquete-Kommission »Ländliche Räume« des Brandenburgischen Landtages vorgestellt hat. Mehr Informationen unter:

https://www.landtag.brandenburg.de/de/parlament/ausschuesse_und_gremien/gremien/dokumente_der_enquete-kommission_6/1/728602

(1) Franz/Fratzscher/Kritikos 2018

(2) Müller 2016

(3) Schlotter 2019

(4) Fritsche 2014

(5) Herzberg et al. 2018/2019

- (6) Aktion Zivilcourage 2019
- (7) Möller 2019: 140
- (8) Stadt Schwedt/Oder: Beschlussvorlage 326/18
- (9) Lange/Himmelmann 2007
- (10) Hewstone/Lord 1998
- (11) Erikson 1994
- (12) Festinger 1957

Literaturverzeichnis

Aktion Zivilcourage (2019), <https://www.aktion-zivilcourage.de/HierbewegenWir.4224/> [zugegriffen am 26.04.2019].

Erikson, Eric (1997), Identität und Lebenszyklus, Frankfurt am Main.

Festinger, Leo (1957), A theory of cognitive dissonance, Stanford.

Franz, Christian/Fratzcher, Marcel/Kritikos, Alexander S. (2018), AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker (DIW Wochenbericht 8/2018), Berlin.

Fritsche, Miriam (2014), Wohl und Wehe von Quartiersbudgets, in: Schnurr, Olaf (Hg.), Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis. 2. Auflage, Wiesbaden, S. 177 199.

Habermas, Jürgen (1998), Faktizität und Geltung, Frankfurt am Main.

Herzberg, Carsten/Sintomer, Yves/Röcke, Anja (2018 online/2019 print), Bürgerhaushalte, in: Reichard, Christoph; Veit, Sylvia; Wewer, Göttrik (Hg.), Handbuch zur Verwaltungsreform, Wiesbaden.

Hewstone, Miles/Lord, Charles G. (1998), Changing intergroup cognitions: The role of typicality, in Sedikides, Costantine./Schopler, John./Insko, Chester A. (eds), Intergroup cognition and intergroup behavior, Mahwah, pp. 367 – 392.

Lange, Dirk/Himmelmann, Gerhard (Hg.) (2007), Demokratiebewusstsein: interdisziplinäre Annäherungen an ein zentrales Thema der Politischen Bildung, Wiesbaden.

Möller, Kurt (2019), Right-wing Populism in Germany: Challenges for Social Work, in: Fischer, Jörg/Dunn, Kerry (eds.), Stifled Progress – International Perspectives on Social Work and Social Policy in the Era of Right-Wing Populism, Opladen, pp. 133 – 146.

Müller (2016), Was ist Populismus, Frankfurt am Main.

Schlotter, Dominik (2019), Internationale Konferenz Netzwerk Bürgerhaushalt. 26. Und 27. November 2018 in Berlin, Berlin, www.wegweiser-buergergesellschaft.de.

Autor

Dr. Carsten Herzberg, studierte Politikwissenschaft, Neuere Geschichte und Psychologie. Er arbeitet am nexus Institut in Berlin zu Bürgerbeteiligung und Bürgerhaushalten und engagiert sich im mitMachen e. V. in Potsdam.

Kontakt

nexus Institut

Dr. Carsten Herzberg

Willdenowstraße 38

12203 Berlin

Tel.: 030 / 31805472

E-Mail: herzberg@nexusinstitut.de

Web: www.nexusinstitut.de

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de